



ZEICHEN SETZEN

Setzen Sie überall in Deutschland ein Zeichen des Protestes gegen die Bevormundung der deutschen Bürger, gegen die weitere ungezügelter Zuwanderung und für die Bewahrung unserer Heimat. Verteilen Sie Flyer und bekennen Sie sich mit Aufklebern und Bannern zu Ihrer Meinung.



GELD SPENDEN

Das Scheitern der „Großen Koalition“, die nur dem Machterhalt Merkels dient, ist nur eine Frage der Zeit. Deshalb will die AfD auf Neuwahlen zum Deutschen Bundestag vorbereitet sein. Spenden Sie jetzt, damit wir noch stärker in den Bundestag einziehen, wenn es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt!



MITMACHEN

Politik verändern und jetzt bei der AfD mitmachen! Werden Sie Mitglied oder Förderer. Unterstützen Sie uns durch Ihr Engagement vor Ort. In keiner anderen Partei haben die Mitglieder mehr Mitsprache, Meinungsfreiheit und Mitwirkungsmöglichkeiten.



AFD WÄHLEN

Handeln Sie zur Europawahl am 26. Mai 2019 und bei den Kreis- und Landtagswahlen. Entscheiden Sie sich für eine bürgernahe Politik. Wählen Sie die AfD.



SPENDEN

Wirken Sie am dringend erforderlichen Politikwechsel mit, indem Sie uns mit einer Spende unterstützen. Sei es in Form von Geld, Plakaten oder Ihrer Zeit – alles hilft uns weiter.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS

Alternative für Deutschland
Berliner Volksbank e. G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bitte geben Sie im Betreff mit an:
Spende + vollständige Adresse bzw. Mitglieds-ID

Spenden an eine politische Partei sind nach § 34g EStG in besonderem Maße steuerlich begünstigt. Bis zu einer Obergrenze von 1.650 € für Alleinstehende und 3.300 € für Ehepaare sind diese steuerlich absetzbar.



MIGRATIONSPAKT STOPPEN



V.i.S.d.P.: Alexandra für Deutschland (AfD), www.afd.de, Prof. Dr. Ingrid Warkentin, Dr. Alexander Gauland, Schillstraße 9, 10785 Berlin | info@afd-migration.com



migrationspakt-stoppen.de



Die Absicht der Regierung

Am 10. Dezember 2018 will die Bundesregierung einem internationalen Abkommen („Global Compact for Migration“) beitreten, das **Migranten aus aller Welt** weitgehende Rechte zur Migration, auch nach Deutschland, einräumt.
<http://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>

Die deutsche Mitarbeit an diesem „Pakt“ erfolgte am Bundestag vorbei und **unter Ausschluss der Öffentlichkeit**.

Der Pakt soll nicht bindend sein, kann aber über „soft-law“ **völkerrechtliche Bindungswirkung** entfalten. Die Folgen könnten dramatisch sein: Deutsche Gerichte legen Gesetze in Zweifelsfällen auch unter Berufung auf Absichtserklärungen der Bundesregierungen zugunsten von Klägern aus, was zu einer Stärkung der Rechte von „Migranten“ führen könnte.

Die Regierung nimmt damit eine Beschleunigung und **Vervielfachung der Zuwanderung** in Kauf. Zudem könnten die Zuwanderungsländer zu neuen Siedlungsgebieten von Menschen anderer Völker, Religionen und Kulturen werden.

Anders als die USA, Ungarn, Australien, Dänemark und andere Demokratien, die wegen dieser möglichen Folgen aus dem Pakt ausgestiegen sind oder dies noch tun werden, steht die **Bundesregierung mit voller Kraft kritiklos** hinter diesem Vorhaben.

Der Migrationspakt

- wurde von Institutionen ohne demokratische Legitimation initiiert, wie z.B. der UNO und Nichtregierungsorganisationen.
- benennt praktisch nur die Rechte der „Migranten“ und die Pflichten der Zielländer.
- ist ein verstecktes Umsiedlungsprogramm für Wirtschafts- und Armutsflüchtlinge.
- ermöglicht allen künftigen Migranten den Zugang zum Sozialsystem, zu dessen Erbringung sie nichts beigetragen haben.
- statuiert eine Aufnahmepflicht für alle, die behaupten, Opfer des „Klimawandels“ zu sein.
- bürdet sämtliche mit der Zuwanderung einhergehenden Kosten (z.B. Sozialleistungen, Beratungen, Schulungen jedweder Art, sprachliche Übersetzungen, Rechtsmittel-Einlegung etc.) den Zielländern auf.
- blendet die möglichen Gefahren für die innere Sicherheit durch Zuwandererkriminalität aus.
- klammert die Probleme bei der Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen aus.
- fordert auf, in den Medien über die Vorteile der Zuwanderung im Sinne einer „Bereicherung der Gesellschaft“ zu berichten.
- wird zusätzliche Anreize für eine weiter ansteigende Zuwanderung nach Deutschland geben.

Die Position der AfD

Die Planungen für den Pakt werden schon seit Jahren vorangetrieben, ohne dass Regierung und die etablierten Parteien die Bürger darüber informiert haben. Es wird weiter versucht, eine öffentliche Debatte darüber zu vermeiden, um zu verschleiern, dass dem Pakt jegliche **demokratische Grundlage fehlt**.

Die AfD ist die einzige Partei, die den Pakt ans Licht der Öffentlichkeit bringt und die Interessen des deutschen Volkes dabei vertritt. Die Deutschen dürfen sich nicht von internationalen Organisationen die Zukunft ihrer Heimat bestimmen lassen.

Die Bürger müssen der Souverän bleiben, wie dies vom Grundgesetz unverrückbar festgeschrieben ist.

Der infolge des Paktes zu erwartende massenhafte Zuzug bildungsferner Menschen aus fremden Kulturen bedroht den sozialen Zusammenhalt, die Sozialsysteme, die kulturelle Identität und die innere Sicherheit.

Bei einer fortgesetzten Massenzuwanderung aus anderen Kulturen und ihrer Legalisierung droht mittelfristig eine Marginalisierung der einheimischen Bevölkerung und die Gefährdung des inneren Friedens. Eine **familienfreundliche Bevölkerungspolitik** im Innern muss an die Stelle der Zuwanderung von außen treten.

Der Bundestag muss sich mit dem Pakt auseinandersetzen, die Bürger informieren und dann eine Entscheidung fällen.

Ungeregelte Massenzuwanderung und ein leistungsgerechter Sozialstaat schließen sich aus. Wir müssen den **Ausverkauf der deutschen Sozialsysteme verhindern**.